

Informationsvorlage



Kreis
Bergstraße

Vorlage Nr.: 17-0749
erstellt am: 23.01.2013

Abteilung: Organisation, EDV und zentrale Dienste
Verfasser/in: Ahlheim, Klaus
Aktenzeichen: L-Z / L-1/4

Informationsvorlage zur Volkszählung im Kreis Bergstraße - Zensus 2011

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreisausschuss	25.02.2013	N	Kenntnisnahme
Kreistag	11.03.2013	Ö	Kenntnisnahme

Erläuterung:

Die Europäische Union hatte für 2011 eine gemeinschaftsweite Volks- Gebäude- und Wohnungszählung angeordnet, die auch in Deutschland zum Stichtag 09. Mai 2011 durchgeführt wurde.

Mit dem Zensus 2011 wurden hauptsächlich vorhandene Verwaltungsregister, z.B. Melderegister und Register der Bundesarbeitsagentur genutzt. Informationen über Gebäude und Wohnungen, die nicht durch die Verwaltung erfasst sind, wurden bei den Gebäude und Wohnungseigentümern durch das Hessische Statistische Landesamt (HSL) direkt erhoben.

Andere Fragen, wie etwa zur Bildung u. Ausbildung, wurden nicht wie bei traditionellen Zählungen bei der gesamten Bevölkerung erhoben, sondern nur bei einem kleinen Teil der Einwohner und Einwohnerinnen nach dem Zufallsprinzip in Form von interview-gestützten Befragungen. Der Stichprobenumfang im Kreis Bergstraße lag insgesamt bei 50.737 Erhebungen.

Um die erforderlichen Erhebungen durchzuführen, war in den Kreisen und kreisfreien Städten jeweils eine zentrale Erhebungsstelle einzurichten; die Vorbereitung des Zensusprojekts im Kreis Bergstraße begann in Abstimmung des HSL bereits im Juli 2009 mit der Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Abteilungen Projekt- und Personalmanagement, Organisation und Kommunalaufsicht.

Am 01. November 2010 wurde sodann im Landratsamt eine Erhebungsstelle unter erheblichen technischen und datenschutzrechtlichen Sicherungsmaßnahmen eingerichtet, die den Betrieb zunächst mit dem Erhebungsstellenleiter und 2 Teilzeitmitarbeiterinnen aufgenommen hat. In Spitzenzeiten der Jahre 2011 und 2012 waren bis zu 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen befristeter Arbeitsverträge eingesetzt.

Kernaufgabe der Erhebungsstelle war zunächst die Abwicklung der „Haushaltsstichprobe“ mit der Befragung in 10.004 Haushalten (Erhebungsbezirke) und die Befragung in 126 „sensiblen und nichtsensiblen Sonderbereichen“, z.B. Alten- und Studentenwohnheime, Internate, Behinderteneinrichtungen, Obdachlosenunterkünfte und Klöster.

Nach der Information der Bevölkerung über Zweck, Ziel und Ablauf der Volkszählung, insbesondere mittels amtlicher Bekanntmachungen und Presseveröffentlichungen erfolgte die Anwerbung, Schulung und Verpflichtung von 446 ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten.

In diesem Zusammenhang wurden u.a. 12 Schulungen von je 4 Stunden in Heppenheim, Lampertheim, Viernheim und Wald-Michelbach durchgeführt. Nach datenschutzrechtlicher Verpflichtung sind die Ausdrucke der zuvor festgelegten Erhebungs- und Arbeitsbezirke einschließlich der Fragebögen den Interviewern übergeben worden (ca. 900 Koffer, die vorher individuell zusammen gestellt werden mussten).

Die anschließende Prüfung und Verarbeitung der Rückläufe aus der Haushaltsstichprobe hat ergeben, dass in diesem Erhebungsmodul insgesamt 37.888 Bürgerinnen und Bürger befragt worden sind. In den Sondereinrichtungen des Kreises wurden 3.210 Bewohner und Bewohnerinnen befragt.

Ab 2012 wurden die Befragungen zur Klärung von Unstimmigkeiten durchgeführt. Bei diesem Erhebungsmodul waren Unstimmigkeiten bei der durchgeführten Haushaltsbefragung und der vom HSL durchgeführten Wohnungs- und Gebäudezählung zu klären. Diese Befragungen wurden an 1.803 Anschriften in Kommunen unter 10.000 Einwohnern durchgeführt und ergaben 3.898 Erhebungen.

Zusätzlich wurden im Auftrag des HSL 1.562 Wohnraumprüfungen durchgeführt. Hier war zu prüfen, ob Wohnraum an Anschriften vorhanden ist, und dieser für eine Erhebung im Rahmen des Zensusprojekts zur Verfügung steht.

Ferner hat die Erhebungsstelle für das HSL 1.243 vorgezogene Ersatzvornahmen und 2.936 reguläre Ersatzvornahmen durchgeführt. In diesen Fällen wurden die Anschriften aufgesucht, bei denen keine Rückgabe des Fragebogens zur Gebäude- und Wohnungszählung vorlagen und die Fragebögen gemeinsam mit den Auskunftspflichtigen ausgefüllt.

Zusammenfassend ergaben sich daher folgende Fallzahlen im Kreis Bergstraße:

37.888 Befragungen im Rahmen der Haushaltsstichprobe in 10.004 Haushalten
3.210 Befragungen in Sonderbereichen in 126 Einrichtungen
3.898 Befragungen zur Klärung von Unstimmigkeiten
1.562 Wohnraumprüfungen
1.243 vorgezogene Ersatzvornahmen für die Gebäude -u. Wohnungszählung
2.936 Ersatzvornahmen für die Gebäude- und Wohnungszählung
50.737 Erhebungen, durchgeführt von 433 Erhebungsbeauftragten

In 2.324 Fällen war ein Mahnverfahren bei Verweigerung der geforderten Auskünfte durchzuführen; lediglich in 71 Fällen musste ein Zwangsgeld festgesetzt werden.

Sämtliche Erhebungsunterlagen wurden in regelmäßigen Abständen und vor Schließung der Erhebungsstelle von einer vom HSL beauftragten Sicherheitsfirma in verschlossenen und verplombten Metallbehältern abgeholt. Die datenschutzrechtlich korrekte Löschung aller Bürger- und Zensusdaten in den eingesetzten Rechnern der Erhebungsstelle erfolgte Ende Juli 2012 über ein Lösungsprogramm des HSL unter Aufsicht und Protokollierung der Datenschutzbeauftragten der Behörde und des Landes.

Nachdem alle anfallenden Arbeiten im Rahmen der einzelnen Erhebungsmodule im Kreis Bergstraße ordnungsgemäß erledigt werden konnten, ist die Erhebungsstelle „Zensus 2011“ zum 31.07.2012 geschlossen worden.

Dem Kreis Bergstraße wurden sämtliche entstandenen Sach- und Personalkosten für das Zensusprojekt nach im Herbst 2012 erfolgreich durchgeführten Nachverhandlungen mit dem Land Hessen erstattet. Somit sind keine Aufwendungen für den Kreis entstanden.

Nach vorliegenden Informationen wurde aber auch bekannt, dass das Konnexitätsprinzip nicht immer gewahrt werden konnte, da einzelne hessische Gebietskörperschaften zusätzliche kommunale Mittel für das Zensusprojekt einsetzen mussten.

Die Auswertung der örtlichen Zensuserhebungen erfolgt zurzeit in den Statistischen Landes- und Bundesämtern.

Mit der Veröffentlichung der Einwohnerzahlen und der damit zusammenhängenden Grunddaten in Form von Gemeindeblättern und Feststellungsbescheiden ist im späten Frühjahr 2013 zu rechnen.

Die Veröffentlichung des gesamten Datenspektrums einschließlich der Gebäude- und Wohnungszählung wurde vom Statistischen Landesamt für den Herbst 2013 angekündigt.